



# Aktuelles aus Brüssel und Straßburg

## INHALT

### Europäischen Räte

Klima- und Energie: EU-Gipfel einigt sich auf national unverbindliche Ziele bis 2030 .....	2
Wirtschaft: Investitionspaket von Juncker wird von Staats- und Regierungschefs unterstützt.....	3
Budget: Budgetentwurf des EU-Parlaments für 2015 abgelehnt .....	3
Steuern: automatischer Informationsaustausch vereinbart.....	3

### Europäisches Parlament

Wirtschaftspolitik: Debatte über die Wirkungsweise des Europäischen Semesters.....	4
Datenschutz: Neuer Europäischer Datenschutzbeauftragter und Stellvertreter vorgeschlagen .....	4

### Europäische Kommission

Wahlen: Neue EU-Kommission bestätigt.....	5
Banken: Beiträge für Bankenabwicklungsfonds sollen von der Bilanzsumme abhängen .....	6
Steuern: Mehrwertsteuerlücke betrug 177 Mrd. Euro im Jahr 2012 .....	7
ESF: Neue Förderperiode von 2014 bis 2020 kann beginnen .....	7

### Europäischer Gerichtshof

Energie: Kunden müssen rechtzeitig über Preiserhöhungen informiert werden (Aktenzeichen C-359/11 und C-400/11).....	7
---	---

### Sonstiges

Dreigliedriger Sozialgipfel: Vorarbeiten für die im Dezember stattfindende Halbzeitbewertung der Europa-2020-Strategie.....	8
---	---

<b>Termine</b> .....	8
----------------------	---

## EUROPÄISCHE RÄTE

### Klima- und Energie: EU-Gipfel einigt sich auf national unverbindliche Ziele bis 2030

Am 23.10.14 einigte sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf folgende Schlussfolgerungen für die Klima- und Energiepolitik:

- Die **Treibhausgasemissionen** sollen bis 2030 um **mindestens 40 Prozent** gegenüber 1990 sinken. Sektoren, die unter den Emissionshandel fallen, sollen den Ausstoß von Treibhausgasen um 43 Prozent gegenüber 1990 reduzieren, Sektoren, die nicht unter das Emissionshandelssystem fallen, um 30 Prozent. Das Ziel ist auf EU-Ebene verbindlich. Es wurde aber keine Aufteilung auf die EU-Mitgliedstaaten vorgenommen. Die EU-Mitgliedsstaaten sollen entsprechend „Fairness- und Solidarität“ ihren Beitrag leisten.
- Der Anteil der **erneuerbaren Energien** soll bis 2030 **um mindestens 27 Prozent** steigen. Auch dieses Ziel ist nur auf EU-Ebene verbindlich. Es werden keine national verbindlichen Ziele vorgegeben. Der nationale Energiemix bleibt in der Hoheit des einzelnen Mitgliedstaates.
- Die **Energieeffizienz** soll bis 2030 **um mindestens 27 Prozent** steigen. Die EU-Kommission wird bis 2020 prüfen, ob das Ziel auf 30 Prozent erhöht werden kann. Auch das Effizienzziel wurde nicht national herunter gebrochen. Die EU-Kommission wird allerdings vorrangige Sektoren vorschlagen, wo beträchtliche Energieeffizienzgewinne erzielt werden können. Auf diese Sektoren sollen die EU und die EU-Mitgliedstaaten ihre „Anstrengungen“ im Regulierungs- und im Finanzbereich konzentrieren. Die EU-Kommission wird außerdem Maßnahmen empfehlen, wie das Ziel erreicht werden kann.
- Das **Emissionshandelssystem** (EHS) soll das wichtigste europäische Instrument zur Erreichung der Reduktion des Treibhausgasausstoßes sein. **Ab 2021 soll die Obergrenze für Emissionen von jetzt jährlich 1,74 Prozent auf 2,2 Prozent gesenkt** werden. Sektoren, die durch den Emissionshandel gefährdet werden könnten, sollen weiter wie bisher unterstützt werden, solange andere führende Wirtschaftsnationen keine „vergleichbaren“ Anstrengungen unternehmen würden. Die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten soll vom technologischen Fortschritt abhängig gemacht werden und regelmäßig untersucht werden. Wenn die Produktion sinkt, soll das ebenfalls berücksichtigt werden. Produktionsstättenverlagerungen durch steigende Energiepreise, die auf den Emissionshandel zurückzuführen sind, sollen vermieden werden. Die Energiepreise sollen erschwinglich bleiben.
- Der **Energiebinnenmarkt** soll voll funktionsfähig und vernetzt werden.
- Die **Energieversorgungssicherheit** soll durch die verstärkte Nutzung heimischer Energiequellen und sicherer und nachhaltiger Kohlendioxid-arter Technologien erhöht werden.

Die Klima-Kommissarin Connie Heedegard begrüßte das Ergebnis, hätte sich aber ein höheres Energieeffizienzziel gewünscht. Matthias Groote (S&D) hielt das Ergebnis dagegen für zu schwach. „Das Parlament hatte **erstens** die CO<sub>2</sub>-Reduktion um 40 Prozent gefordert, **zweitens** die Steigerung der Energieeffizienz um 40 Prozent und **drittens** den Ausbau der erneuerbaren Energien um 30 Prozent (...). So könnten wir effiziente Klimapolitik in Europa vergessen und die Energiewende wird vor die Wand gefahren“, sagte Groote. Martina Werner (S&D) stellte heraus: „Besonders ärgerlich sind die mangelhaften Positionen der Mitgliedstaaten zur Energieeffizienz und zu erneuerbaren Energien. Der Rat scheint das enorme Potenzial dieser beiden Bereiche schlichtweg zu ignorieren.“ Rebecca Harms (Grüne/EFA) hält die Ergebnisse des Klimagipfels für einen schweren Rückschlag. „Die Ziele für Erneuerbare sind auch nicht auf mitgliedstaatlicher Ebene bindend. Dies ist ein herber Schlag für die Förderung von Erneuerbaren. Sowohl der Arbeitsmarkt, als auch die Wirtschaft werden dies zu spüren kriegen. Auch wurde versäumt ein

ehrgeiziges und bindendes Ziel für Energieeinsparungen festzulegen - dadurch untergraben wir unsere eigene Energiesicherheit.“

Schlussfolgerungen des EU-Rates: [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/145377.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/145377.pdf)

### **Wirtschaft: Investitionspaket von Juncker wird von Staats- und Regierungschefs unterstützt**

Am 24.10.14 riefen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union die EU-Kommission, den EU-Rat und die Mitgliedstaaten der EU auf, unverzüglich Maßnahmen zur Förderung von Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit umzusetzen. Strukturreformen und ausgeglichene öffentliche Haushalte seien dabei die Schlüssel für Investitionen. Das niedrige Wachstum des Bruttoinlandprodukts, die hohe Arbeitslosigkeit und die niedrige Inflation seien enttäuschend.

Um den Weg für starke und nachhaltige Investitionen zu ebnen seien Investitionen in die Zukunft nötig. Daher würde der EU-Rat die Absicht der EU-Kommission ein **Investitionspaket, in Höhe von 300 Mrd. Euro** an öffentlichen und privaten zusätzlichen Investitionen für den Zeitraum 2015 bis 2017 zu schnüren, unterstützen. Der EU-Rat sprach sich außerdem für die **Einsetzung einer Task Force** unter Leitung der EU-Kommission und der EU-Investitionsbank aus. Diese soll **konkrete Maßnahmen zur Investitionsförderung** bestimmen. Die Investitionsinitiative soll unverzüglich vorangebracht werden. Beim EU-Ratstreffen im Dezember 2014 soll über die Fortschritte Bericht erstattet werden.

Außerdem stellte der EU-Rat fest, dass die Fortschritte auf dem Weg zu einer Bankenunion zu einer deutlichen Verbesserung der Konditionen an den Finanzmärkten beigetragen hätten. Der EU-Rat begrüßte, dass der einheitliche Aufsichtsmechanismus am 04.11.14 seine Arbeit aufnehmen wird.

### **Budget: Budgetentwurf des EU-Parlaments für 2015 abgelehnt**

Am 22.10.14 lehnte der EU-Rat die vom EU-Parlament vorgeschlagenen Anpassungen am EU-Kommissionsvorschlag für den EU-Haushalt 2015 ab. Weil es keine Einigung zwischen EU-Rat und EU-Parlament gab, beginnt am 28.10.14 eine dreiwöchige Schlichtungsphase. Aus Sicht des EU-Rates muss das Budget einerseits über genügend Haushaltsmittel verfügen, um das Wirtschaftswachstum anzuregen und für neue Arbeitsplätze zu sorgen. Gleichzeitig müsse aber die Haushaltslage der EU-Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. Denn viele Nationalstaaten würden darum kämpfen, ihren eigenen Haushalt zu sanieren. Außerdem müsse das Budget für 2015 noch genügend finanziellen Spielraum für die restliche Zeit der Budgetperiode von 2014 bis 2020 übrig lassen.

Der EU-Rat wies darauf hin, dass der von ihm am 02.09.14 angenommene Budgetvorschlag für 2015 diese Anforderungen erfülle. Er würde die Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Bildung um 24,5 Prozent gegenüber 2014 auf 2,8 Mrd. Euro erhöhen. Die Gesamtausgaben würden auf 140 Mrd. Euro (+3,3% gegenüber 2014) beschränkt werden. Die Zahlungsverpflichtungen sollen aus Sicht des EU-Rates um 1,7 Prozent auf 145,1 Mrd. Euro steigen.

Das EU-Parlament fordert dagegen einen Anstieg der Zahlungen auf 146,4 Mrd. Euro (+8,1 %) und der Verpflichtungen auf 146,4 Mrd. Euro (+2,6%). Die EU-Kommission schlug Zahlungen in Höhe von 142,1 Mrd. Euro (+4,9%) und Verpflichtungsermächtigungen von 145,6 Mrd. Euro (+2.1%) vor.

Wenn es nicht bis zum 17.11.14 zu einer Einigung kommt, muss die EU-Kommission einen neuen Budgetentwurf für 2015 vorlegen.

Weitere Informationen: [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/ecofin/145268.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ecofin/145268.pdf)

### **Steuern: automatischer Informationsaustausch vereinbart**

Am 21.10.14 beschlossen die Finanzminister der EU-Mitgliedsstaaten, den Geltungsbereich des automatischen Informationsaustausches zwischen nationalen Steuerbehörden zu erweitern. Die Steuerbehörden der

Mitgliedsstaaten werden damit verpflichtet, untereinander Informationen über Kapitaleinkommen, z.B. aus Zinsen und Dividenden automatisch auszutauschen. Sie können damit wie Arbeitseinkommen der Einkommensteuer unterworfen werden.

Sven Giegold (Grüne/EFA) begrüßte die Entscheidung der Finanzminister. „Mit der heutigen Entscheidung haben die EU-Finanzminister das Bankgeheimnis beendet, wie wir es kannten. Wenn Steuerbehörden der EU-Mitgliedsstaaten jetzt untereinander verbindlich Informationen austauschen, kommt endlich Licht ins Dunkel der Einkommen aus Zinsen, Dividenden.“

## EUROPÄISCHES PARLAMENT

### **Wirtschaftspolitik: Debatte über die Wirkungsweise des Europäischen Semesters**

Am 21.10.14 debattierten die EU-Abgeordneten über das Europäische Semester. Die EU-Parlamentarier beklagten, dass die Empfehlungen besser umgesetzt werden müssten und der Entscheidungsprozess transparenter werden müsse.

Philippe De Backer (ALDE) stellte heraus, dass die Koordination der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten mehr der demokratischen Kontrolle des EU-Parlaments unterworfen werden müsse. Dariusz Rosati (EVP) beklagte, dass die EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2013 nur zehn bis fünfzehn Prozent der länderspezifischen Empfehlungen umgesetzt hätten. Sylvie Goulard (ALDE) kam zu dem Schluss, dass in einigen Mitgliedstaaten der EU an Bewusstsein für die Interdependenz der Wirtschaft der einzelnen Mitgliedstaaten fehle. Fíbor Szanyi (S&D) warnte dagegen davor, dass Strukturreformen Armut verursachen würden. Man solle sich mehr auf Investitionen und auf den Kampf von Steuerumgehungen konzentrieren. Jutta Steinruck (S&D) forderte, dass im Europäischen Semester auch für die Sozial- und Beschäftigungspolitik verbindliche Ziele festgeschrieben werden, nicht nur für die Fiskalpolitik und die Koordinierung der Haushalte. Marisa Mtiyas (GUE/NGL) vertrat die Meinung, dass man zur Konsolidierung der Haushalte die hohe Arbeitslosigkeit bekämpfen müsse. Was die Wirtschaftspolitik gemacht habe, habe dagegen zerstörerisch gewirkt.

Weitere Informationen: [http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/public/story/20141017STO74413/20141017STO74413\\_en.pdf](http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/public/story/20141017STO74413/20141017STO74413_en.pdf)

### **Datenschutz: Neuer Europäischer Datenschutzbeauftragter und Stellvertreter vorgeschlagen**

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten wählte am 21.10.14 nach einer dreieinhalbstündigen Anhörung der fünf Kandidaten den bisherigen Stellvertreter Giovanni Buttarelli zum Top-Kandidaten für das Amt des Europäischen Datenschutzbeauftragten. Der polnische Datenschutzbeauftragte Wojciech Wiewiorowski wurde für das Amt des Stellvertreters vorgeschlagen.

Der Europäische Datenschutzbeauftragte hat eine Kontrollfunktion inne. Er stellt sicher, dass die digitalen Grundrechte sowohl bei der Rechtssetzung als auch bei der Umsetzung gewahrt werden.

Jan Philipp Albrecht (Grüne/EFA) hält die Wahl für eine gute Entscheidung, weil beide Kandidaten über einschlägige Erfahrung verfügen würden. Birgit Sippel (S&D) begrüßte die Wahl Buttarellis ebenfalls. „Während der vergangenen knapp sechs Jahre hat er sein Engagement für digitale Grundrechte mehr als einmal unter Beweis gestellt und auch bei der Anhörung eine gute Figur gemacht.“

Im nächsten Schritt wird die Konferenz der Präsidenten über den Vorschlag entscheiden und das Ergebnis dem EU-Rat vorlegen. Dieser wird die endgültige Benennung durchführen.

Weitere Informationen: [http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20141021IPR75439/20141021IPR75439\\_en.pdf](http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20141021IPR75439/20141021IPR75439_en.pdf)

## EUROPÄISCHE KOMMISSION

### Wahlen: Neue EU-Kommission bestätigt

Das EU-Parlament billigte am 22.10.14 mit breiter Mehrheit von 423 Stimmen bei 209 Ablehnungen und 67 Enthaltungen die neue EU-Kommission. Juncker hatte kurzfristig noch Zugeständnisse an die Abgeordneten des EU-Parlaments gemacht und die Aufgabenverteilung auf die EU-Kommissare und Vizepräsidenten teilweise geändert. So wird unter anderem Frans Timmermans in seiner Rolle als erster Vizepräsident auch für die nachhaltige Entwicklung zuständig sein. Die S&D-Fraktion wäre andernfalls nicht mit der Ernennung von Miguel Arias Canete als Kommissar für Energie und Klima einverstanden gewesen. Tibor Navracsics wird anders als ursprünglich geplant nicht für Bürgerrechtsfragen zuständig sein, weil ihm insbesondere vorgeworfen wird als ungarischer Justizminister für das neue Mediengesetz, das kritische Veröffentlichungen an der Regierung unter Strafe stellt, mitverantwortlich gewesen zu sein.

#### Die neue EU-Kommission im Überblick

1. Präsident: Jean-Claude Juncker (EVP)
2. Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik: Federica Mogherini (S&D)
3. Erster Vizepräsident: Frans Timmermans (S&D)
4. Vizepräsidentin Haushalt und Personal: Kristalina Georgieva (EVP)
5. Vizepräsident Digitaler Binnenmarkt: Andrus Ansip (ALDE)
6. Vizepräsident Energieunion: Maros Sefcovic (S&D)
7. Vizepräsident für Euro und Sozialen Dialog: Valdis Dombrovskis (EVP)
8. Vizepräsident für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit: Jyrki Katainen (EVP)
9. EU-Kommissar für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung: Phil Hogan (EVP)
10. EU-Kommissar für Klimapolitik und Energie: Miguel Arias Canete (EVP)
11. EU-Kommissarin für Wettbewerb: Margrethe Vestager (ALDE)
12. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft: Günther Oettinger (EVP)
13. EU-Kommissar für Wirtschaft und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll: Pierre Moscovici (S&D)
14. EU-Kommissar für Bildung und Kultur: Tibor Navracsics (EVP)
15. EU-Kommissarin für Arbeit, Soziales und Qualifikation: Marianne Thyssen (EVP)
16. EU-Kommissar für Umweltschutz, Meerespolitik und Fischerei: Karmenu Vella (S&D)
17. EU-Kommissar für Nachbarschaft und Beitrittsverhandlungen: Johannes Hahn (EVP)
18. EU-Kommissar für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion: Jonathan Hill (ECR)
19. EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit: Vytenis Andriukaitis (S&D)
20. EU-Kommissar für Humanitäre Hilfe und Krisenmanagement: Christos Stylianides (EVP)
21. EU-Kommissarin für Binnenmarkt, Industrie, Gründungen und KMU: Elzbieta Bienkowska (EVP)
22. EU-Kommissar für Entwicklungspolitik: Neven Mimica (S&D)
23. EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung: Vera Jourova (ALDE)
24. EU-Kommissar für Migration und Inneres: Dimitris Avramopoulos (EVP)
25. EU-Kommissarin für Regionalpolitik: Corina Cretu (S&D)
26. EU-Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation: Carlos Moedas (EVP)
27. EU-Kommissarin für Handel: Cecilia Malmström (ALDE)
28. EU-Kommissarin für Verkehr: Violeta Bulc (SMC)

Die Staats- und Regierungschefs ernannten die EU-Kommission noch formal am 23.10.14. Damit kann die EU-Kommission unter dem neuen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker am 01.11.14 ihre Arbeit für die

nächsten fünf Jahre aufnehmen. Für den 05.11.14 ist eine Orientierungsdebatte zu den künftigen Arbeiten angekündigt. Bereits im Vorfeld sagte Jean-Claude Juncker in seiner Rede vor dem EU-Parlament: „Die Bürgerinnen und Bürger verlieren das Vertrauen, Extremisten von rechts und links gewinnen an Boden, unsere Konkurrenten machen sich Freiheiten zunutze. Es ist an der Zeit, dass wir dem Projekt Europa neues Leben einhauchen.“ Außerdem erklärte Juncker in Bezug auf das geplante Investitionspaket für Arbeitsplätze, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit mit einem Volumen von 300 Mrd. Euro: „Wenn Sie uns heute unterstützen, werden wir das Paket bis Weihnachten vorlegen. Das ist kein loses Versprechen, sondern eine feste Zusage.“

Rebecca Harms (Grüne/EFA) hält die neue EU-Kommission trotz aller Vorsätze von Juncker dennoch für eine „verpasste Chance“. Gabi Zimmer (GUE/NGL) kritisierte: „Die Anhörungen der Kommissarinnen und Kommissare haben keine Antworten geliefert, wie das von Juncker angekündigte soziale Triple A auch nur im Ansatz erreicht werden soll. Nicht einmal reflektiert wurde, dass mit der Austeritätspolitik der letzten Jahre, mit der Privatisierung öffentlicher und gemeinschaftlicher Güter, den öffentlichen Dienstleistungen, der Senkung von Mindestlöhnen und Renten individuelle und kollektive Menschenrechte und Demokratie verletzt wurden.“ Ihre Fraktion habe daher geschlossen gegen die neue EU-Kommission gestimmt. Udo Bullmann (S&D) stellte dagegen fest: „Wir haben für Junckers Team den Daumen gehoben, weil wir auch künftig einen durch die Europawahl demokratisch legitimierten Kommissionspräsidenten wollen. Auch hat der neue Zuschnitt das Potential, ein weiterer Schritt zu einer effizienteren und politischeren EU-Kommission zu werden - weg von bürokratischer Verwaltung.“ Sophie in't Veld (ALDE) sagte an die Adresse von Jean-Claude Juncker gewendet: „Sie haben heute unsere Unterstützung, aber es ist kein Blankoscheck für die kommenden fünf Jahre.“ Pavel Telicka (ALDE) erwartet von Juncker Strukturreformen. Herbert Reul und Angelika Niebler (beide EVP) lobten die neue EU-Kommission, da sie gute Voraussetzungen mit sich bringen würde, „um den Politikwechsel in der EU nun auch wirklich durchzusetzen. (...) Es gibt jetzt eine echte Chance, dass das Durcheinander sich konterkarierender Gesetzgebungsvorschläge der EU-Kommission wirklich aufhört.“

Weitere Informationen: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-1192\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1192_en.htm)

### **Banken: Beiträge für Bankenabwicklungsfonds sollen von der Bilanzsumme abhängen**

Die EU-Kommission beschloss am 21.10.14 zwei Rechtsakte zur Berechnung der Beiträge für die Bankenabwicklungsfonds. Die allgemeinverbindlichen Regeln, die die EU-Kommission für die Zahlung der Beitragslasten der Kreditinstitute vorgesehen hat, wurden mit Hilfe eines delegierten Rechtsaktes gestaltet. Hier hat das EU-Parlament und der EU-Rat noch ein Einspruchsrechte.

Die Geldhäuser müssen **insgesamt 55 Milliarden Euro** in den nächsten acht Jahren in den Fonds einzahlen. Dabei ist vorgesehen, dass Großbanken den größten Anteil am Fonds zahlen. Denn die **Beitragshöhe soll sich aus der um Eigenkapital und gedeckte Einlagen reduzierten Bilanzsumme** berechnen. Kleinere Institute mit einer Bilanzsumme unter einer Milliarde Euro und einer Bemessungsgrundlage von weniger als 300 Millionen Euro sollen nur pauschale Beiträge zwischen 1.000 Euro und 50.000 Euro jährlich zum Fonds beitragen müssen.

Viele EU-Abgeordnete lehnten den Vorschlag dennoch ab. Massive Kritik kam von Sven Giegold (Grüne/EFA). „Dem scheidenden Finanzmarktkommissar Michel Barnier ist noch ein besonderes Geschenk an die französischen Großbanken gelungen.“ Giegold monierte, dass die Beiträge der Banken **nicht proportional zum Risiko** ihres Geschäfts berechnet werden sollen. Dies sei ein Schlag ins Gesicht von Sparkassen und Banken, die mit geringem Risiko arbeiten würden. Barnier habe aus der Vergangenheit offensichtlich nichts gelernt und würde weiter das Risikogeschäft belohnen. Fabio de Masi (GUE/NGL) ist sogar der Meinung, dass „die französische Bankenlobby einen großzügigen Länderrabatt“ verhandeln konnte und ein umfassendes Netting – also die Verrechnung – von Derivaten bzw. komplexen Finanzinstrumenten durchsetzt habe. „Dem gegenüber fällt etwa die Berücksichtigung von geringeren systemischen Risiken bei Sparkassen- und Genossenschaftsbanken mit seriösem Geschäftsmodell bei der Bankenabgabe unzureichend aus.“ Markus Ferber (EVP) sagte, dass die EU-Kommission den Risikoaufschlag

verwässert habe. Auch Peter Simon (S&D) stellte fest: „Das systemische Risiko für Großbanken hätte noch stärker eingepreist werden müssen, was eine noch größere Entlastung der kleinen, risikoärmeren Institute zur Folge gehabt hätte“.

Weitere Informationen: [http://ec.europa.eu/internal\\_market/finances/banking-union/single-resolution-mechanism/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/finances/banking-union/single-resolution-mechanism/index_de.htm)

### Steuern: Mehrwertsteuerlücke betrug 177 Mrd. Euro im Jahr 2012

Die EU-Kommission veröffentlichte am 23.10.14 eine Studie zu den Mehrwertsteuereinnahmen des Jahres 2012. Zentrales Ergebnis der Untersuchung war, dass in der EU **eine Mehrwertsteuerlücke von 177 Mrd. Euro zwischen den erwarteten Mehrwertsteuereinnahmen und den tatsächlich in den EU-Mitgliedsstaaten eingenommenen Mehrwertsteuer** besteht. Die kleinsten Differenzen würden in den Niederlanden (5% gegenüber den erwarteten Einnahmen), Finnland (3%) und Luxemburg (6%) bestehen. Die größten Lücken würden in Rumänien (44%), in der Slowakei (39%) und in Litauen (36%) bestehen. In Deutschland beträgt die Differenz zehn Prozent.

Der Unterschied zwischen den theoretisch zu erwartenden und den tatsächlichen Einnahmen sei **nur teilweise darauf zurückzuführen, dass die Vorschriften nicht eingehalten** werden. Mehrwertsteuer würde auch deshalb nicht abgeführt werden, weil Firmen Insolvenz anmelden würden, statistische Fehler vorlägen, Zahlungen aufgeschoben werden würden und legale Steuerumgehungsmöglichkeiten genutzt werden würden.

Bericht über die Mehrwertsteuerlücke:

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/resources/documents/common/publications/studies/vat\\_gap2012.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/publications/studies/vat_gap2012.pdf)

### ESF: Neue Förderperiode von 2014 bis 2020 kann beginnen

Am 21.10.14 billigte die EU-Kommission das deutsche „Operationelle Programm für den Europäischen Sozialfonds (ESF)“. Das Programm legt die wichtigsten Prioritäten und Ziele für Investitionen auf Bundesebene in Höhe von mehr als 4,8 Milliarden Euro fest. Etwas mehr als die Hälfte der Mittel kommen davon aus dem ESF. Damit kann jetzt die neue Förderperiode von 2014 bis 2020 gestartet werden.

Die wichtigsten Ziele sind die Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung von Armut, Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslangen Lernens (38% der Mittel) und die Förderung einer nachhaltigen und qualitativ hochwertigen Beschäftigung (33% der Mittel) sowie die Unterstützung der Arbeitskräftemobilität (25% der Mittel).

Weitere Informationen: [http://www.esf.de/portal/generator/21824/2014\\_10\\_21\\_fp\\_2014\\_2020\\_aktuell.html](http://www.esf.de/portal/generator/21824/2014_10_21_fp_2014_2020_aktuell.html)

## EUROPÄISCHER GERICHTSHOF

### Energie: Kunden müssen rechtzeitig über Preiserhöhungen informiert werden (Aktenzeichen C-359/11 und C-400/11)

Am 23.10.14 entschied der EU-Gerichtshof, dass Energieversorger Verbraucher rechtzeitig vor Inkrafttreten einer Preiserhöhung über den Anlass der Erhöhung, die Voraussetzungen und den Umfang informieren müssen. Der EuGH stellte fest, dass den Kunden neben ihrem Recht, sich vom Liefervertrag lösen zu können auch die Befugnis erteilt werden müsse, gegen eine solche Änderung vorzugehen. Dazu benötige der Kunde größtmögliche Transparenz.

Der EU-Gerichtshof vertrat die Auffassung, dass die Klauseln für Preiserhöhungen in deutschen Verträgen zur Energielieferung nicht den europarechtlichen Anforderungen an die Transparenz entsprechen würden. Da das Urteil auch rückwirkend gilt, können Verbraucher gegenüber Energieversorgern Rückforderungen geltend machen.

Weitere Informationen: <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-10/cp140140de.pdf>

## Sonstiges

### **Dreigliedriger Sozialgipfel: Vorarbeiten für die im Dezember stattfindende Halbzeitbewertung der Europa-2020-Strategie**

Am 23.10.14 fand in Brüssel der dreigliedrige Sozialgipfel statt. Es handelt sich hierbei um ein Dialogforum zwischen den Vertretern der EU-Organe und der europäischen Sozialpartner auf höchster Führungsebene. Hauptthema des Treffens bildete eine Aussprache über die Prioritäten, die bei der Halbzeitbewertung der Europa-2020-Strategie während des EU-Rates-Treffens im Dezember besprochen werden sollen. Diskutiert wurde außerdem, wie ein beschäftigungswirksamer Aufschwung über Investitionen gefördert werden kann und welche Rolle die Sozialpartner hierbei haben sollten. Auch Maßnahmen gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit und Möglichkeiten, die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern, standen auf der Tagesordnung.

Weitere Informationen: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-1195\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1195_de.htm)

## Termine

### **EU-Rat:**

28.10.14	Tagung des Umweltrates
29.10.14	Ausschuss 1 der Ständigen Vertreter
30.10.14	Ausschuss 2 der Ständigen Vertreter
31.10.14	Ausschuss 1 der Ständigen Vertreter

### **EU-Kommission**

28.10.14	Globales Gesundheitsforum
29.10.14	Trilaterale Energiegespräche zwischen EU-Kommission, Ukraine und Russland

---

## FÜR RÜCKFRAGEN STEHEN WIR IHNEN GERN ZUR VERFÜGUNG

**Stefan Gran**

**Ina Hinzer**

**Silke Brehm**

**Kerstin Warneke (Redaktion)**

**Verbindungsstelle Europapolitik des DGB in Brüssel**

Av. de Tervueren 15 | B-1040 Bruxelles

**Tel.:** +32 2 548 36 90 | **Fax:** +32 2 548 36 99

**E-Mail:** [bruessel@dgb-europa.eu](mailto:bruessel@dgb-europa.eu)

---

Dieser Newsletter soll einen Überblick über wichtige Ereignisse und Entscheidungen der europäischen Institutionen liefern. Er erhebt dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Bei der Zusammenstellung wird sich auf eigene Aufzeichnungen sowie der Auswertung von Pressemitteilungen und anderen Informationsmedien der betroffenen Institutionen gestützt. Die hier



---

dargestellten Positionen geben nicht zwangsläufig die Position des Deutschen Gewerkschaftsbundes wieder.